

Interessen und der deutschen politischen Strategien in dieser Situation, um die Frage also, inwieweit die Deutschen sich im wesentlichen situativ verhalten haben, oder inwieweit deutsche Politik tatsächlich gestaltet hat. Wir haben eine Reihe von offenen Fragen, eine Reihe von Problemen, mit denen sich die deutsche und die internationale Politik auseinandersetzen mußten, genannt, die Frage des Zeitrahmens, in dem die Vereinigung durchgeführt werden sollte, die Frage der Bündniszugehörigkeit, die Frage der Oder-Neiße-Grenze, aber eben doch auch die Frage des militärischen Gewichts des vereinigten Deutschland. Dies sind Fragen, die bereits angeklungen sind, die wir jetzt zu vertiefen haben.

Wir haben mit den Gesprächspartnern, die jetzt zu Wort kommen, unmittelbare Mitakteure am Podium. Da ist einmal der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Seiters; ich brauche ihn hier in diesem Kreis nicht vorzustellen. Des weiteren der hier noch bekanntere damalige Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, heute Obmann der SPD dieser Enquete-Kommission. Des weiteren Herr Poppe, der nicht nur am Runden Tisch gesessen hat, sondern auch in der Regierung Modrow zeitweilig Minister ohne Geschäftsbereich gewesen ist. Und schließlich Herr Irmer, wenn ich das richtig weiß, damals Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und außenpolitischer Sprecher der F.D.P. Ich darf zunächst Herrn Seiters um seine Ausführungen bitten.

Rudolf Seiters, MdB: Meine Herren Vorsitzenden, meine Damen und Herren. Es ist sicherlich etwas schwierig, am Ende eines solchen Sitzungstages, wo wichtige Zeitzeugen und Wissenschaftler das Thema unter den verschiedenen Aspekten ausgeleuchtet haben, nun noch einmal zu versuchen, aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland zusammenzufassen. Das werden sicherlich keine neuen Daten und Fakten sein, aber vielleicht interessiert ja doch die Einschätzung, die jemand wie ich heute zu diesen Fragen hat.

Wenn man die Politik der Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der Handlungsfreiräume – also unter einem wesentlichen außenpolitischen Gesichtspunkt – zu resümieren versucht, so ist es hilfreich, sich zunächst noch einmal die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der Deutschlandpolitik in den Jahren zuvor zu vergegenwärtigen.

Das entscheidende Rahmendatum jeder Deutschlandpolitik seit 1949 war die Dominanz der internationalen Beziehungen. Die Teilung Deutschlands als unmittelbare Folge und als geographisches Zentrum des Ost-West-Konfliktes bedeutete, daß die Situation an der Trennlinie der beiden Blöcke, das Verhältnis der beiden Teilstaaten zueinander und damit auch jede Veränderung dieser Gegebenheiten unmittelbar das Ost-West-Verhältnis in Europa und insbesondere die Interessen der beiden Großmächte berührte.

Das bedeutete keineswegs, daß es nicht auch eigenständige Gestaltungsmöglichkeit für die deutschen Akteure im Ost-West-Konflikt gab: Sie konnten – mehr oder weniger – dazu beitragen, daß Spannungen sich verschärften oder verringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die

ringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die Menschen einschneidender oder erträglicher waren – keine unwichtigen Handlungsspielräume, wenn man etwa an die Gestaltung des innerdeutschen Grenzregimes durch die DDR-Organen denkt.

Natürlich stellte sich die Frage nach Handlungsfreiräumen auf Seiten des westlichen Bündnisses auf wesentlich andere Weise dar als im sowjetisch dominierten Warschauer Pakt. Wir alle kennen den entscheidenden Unterschied – dies hat auch in den Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa 1990 eine entscheidende Rolle gespielt: die Dominanz der Sowjetunion und ihrer Satellitenregime über die Staaten Mittel- und Osteuropas war eine erzwungene, die von den betroffenen Völkern abgelehnt und in verschiedenen Aufstandsversuchen bekämpft wurde, während die westliche Allianz unter Führung der USA und unter Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland ein freiwilliges Bündnis ist, das auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen der beteiligten Völker beruht. Wenn also von „Handlungsfreiräumen“ die Rede ist, so muß man diesen grundlegenden Unterschied in beiden Bündnisssystemen vor Augen haben. Richtig ist gleichwohl, daß jegliche Deutschlandpolitik in ihren Grundzügen Teil und Funktion der Ost-West-Beziehungen insgesamt war und von ihnen ihre Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten erhielt.

Seit der ersten Wende im Ost-West-Konflikt – der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1958/62 – war die Ostpolitik des westlichen Bündnisses von dem Interesse geleitet, krisenhafte Zuspitzungen zu vermeiden und durch Konsultationsmechanismen und Rüstungskontrolle einen Abbau der Ost-West-Spannungen zu erreichen, auch um den Preis der einstweiligen Hinnahme der Teilung Deutschlands und Europas.

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik mußte sich diesen Gegebenheiten anpassen und tat es in den bekannten Etappen vom späten Adenauer mit seinen Modus-Vivendi-Angeboten an die UdSSR bei gleichzeitigen menschlichen Erleichterungen für die DDR-Einwohner, über die Regierungen Erhard und Kiesinger bis hin zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition und schließlich der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher.

Dabei erhielt die Vertragspolitik mit den kommunistisch regierten östlichen Nachbarstaaten und mit der DDR ihren jeweiligen politischen Stellenwert durch die Gesamtkonzeption, in die sie eingebunden war. Man darf hier daher nicht ohne weiteres geradlinige Kontinuitäten annehmen.

Das Dilemma dieser Politik bestand bis an die Schwelle der revolutionären Ereignisse von 1989/90 darin, daß die Bundesrepublik am Ziel der Überwindung des Status quo, also der Verwirklichung der Selbstbestimmung der Deutschen, festhalten mußte und wollte – bis in die 80er Jahre hinein im Einvernehmen der demokratischen Kräfte –, daß es aber gleichzeitig bis 1989 keine realistische Chance gab, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Vielmehr mußte die

praktische Politik mit dem SED-Staat ergebnisorientierte Beziehungen zur Erleichterung der Teilungsfolgen für die Menschen unterhalten.

Dabei war mit einem Gegenüber zu rechnen, der in grundsätzlichen Fragen entgegengesetzte Ziele verfolgte – nicht mehr menschliches Miteinander, sondern mehr staatliche Abgrenzung; nicht mehr innere Freiheit, sondern mehr Sicherheit des Herrschaftssystems – und dessen zentrales Anliegen es ständig blieb, die eigene chronisch instabile Herrschaft zu festigen, während es das Ziel der westlichen Deutschlandpolitik sein mußte, zu einer schrittweisen Entschärfung der SED-Diktatur beizutragen, ja, sie letztlich zu destabilisieren – allerdings in langen Entwicklungslinien, nicht in plötzlichen krisenhaften Zuspitzungen, die unter den Bedingungen der Breschnew-Doktrin im Gegenteil kontraproduktiv wirken mußten.

Verhandlungen mit einem solchen Gegenüber waren überhaupt nur möglich, wenn man sich auf die Lösung praktischer Fragen unter Ausklammerung gegensätzlicher Grundpositionen konzentrierte und wenn man dabei sorgfältig die gewünschten Wirkungen – zum Beispiel Reiserleichterungen für möglichst viele DDR-Einwohner – mit den hinzunehmenden Nebenwirkungen – zum Beispiel kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung oder leichte Prestigegewinne – austarierte.

Die unvermeidliche Spannung zwischen dem Selbstbestimmungsziel und der praktischen Politik „kleiner Schritte“ im Benehmen mit den Verweigerern der Selbstbestimmung mußte auch im Innern ausgehalten werden. Dies erwies sich in den 70er Jahren und noch mehr in den 80er Jahren als zunehmend schwierig. Die Menschen in der Bundesrepublik hatten das Problem offensichtlich verstanden. Umfragen des Allensbacher Instituts erbrachten das Ergebnis, daß auch in den 80er Jahren eine große Mehrheit der Westdeutschen es für richtig hielt, am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, auch wenn kaum jemand mit einem Erfolg in voraussehbarer Zeit rechnete. Anders lagen die Dinge bei meinungsführenden Teilen der westdeutschen Eliten, der Medien und auch einer Reihe von politischen Akteuren, die unter anderem das „Gerede von der Wiedervereinigung“ anprangerten oder formulierten, es komme darauf an, „die Chancen der Geschichte in der Teilung zu suchen“.

Demgegenüber war es immer wieder notwendig, das Bewußtsein von der Einheit der Nation, über den Zwangscharakter der SED-Herrschaft und das Ziel der Wiedergewinnung der Selbstbestimmung wachzuhalten und beharrlich zu vertreten. Als im Herbst 1989 die Diktatur zusammenbrach, hatte die Bundesregierung keine Mühe, unmittelbar von der innerdeutschen Politik der kleinen Schritte zu einer konkreten Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit überzugehen. Sie konnte es tun, ohne ihre politische Linie korrigieren zu müssen.

Das Dilemma der Deutschlandpolitik wirkte sich auch in ihrer Darstellung gegenüber den Vier Mächten aus.

Die Sowjetunion, die die vertraglichen Ergebnisse der Entspannungspolitik als Anerkennung ihrer Dominanz über den östlichen Teil des Kontinents interpretierte, brandmarkte jeden Ansatz, die europäischen Grenzen einschließlich der innerdeutschen in Frage zu stellen, als Revanchismus und Friedensbedrohung. Dies stand zwar nicht im Einklang mit der KSZE-Schlußakte und mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag von 1970 einschließlich des Briefs zur deutschen Einheit und der Bundestagsresolution vom 17. Mai 1972; dennoch hat die Sowjetunion bis 1989/90 an dieser Position festgehalten, mit aller Härte, und die zutreffenden Hinweise der Bundesrepublik auf die Offenheit der deutschen Frage in zeitweise aggressiven Kampagnen zurückgewiesen. Um so wichtiger blieb Standfestigkeit, bei aller Bemühung um Verständigung.

Behutsamkeit und Sorgfalt bei der Verfolgung deutschlandpolitischer Ziele war aber auch gegenüber den westlichen Verbündeten erforderlich. Es gehört zu den bleibenden – und bis 1990 nachwirkenden – Erfolgen der Adenauerschen Politik, die drei Westmächte im Deutschlandvertrag auf das gemeinsame Ziel eines wiedervereinigten, freiheitlich verfaßten und in die westliche Gemeinschaft integrierten Deutschland verpflichtet zu haben. Man mußte sich aber seit den 60er Jahren eingestehen, daß die praktische Realisierbarkeit dieser vertraglichen Vereinbarung in weite Ferne gerückt war; und auch in den verbündeten Staaten haben offenbar viele den innerdeutschen Grundlagenvertrag als praktisch dauerhafte Bestätigung der Teilung mißdeutet.

Das gemeinsame Interesse des westlichen Bündnisses war die Sicherung der Stabilität in Europa. Einigkeit mit den Partnern bestand darin, daß eine wirkliche und dauerhafte Stabilität nicht auf Gewalt, sondern nur auf der Achtung der Menschenrechte beruhen konnte. Die Bundesrepublik verfolgte diese gemeinsame Linie zugleich in der Erwartung, daß ein erfolgreiches Thematisieren der Menschenrechtsfrage mit Notwendigkeit auch die Frage der Selbstbestimmung der Deutschen aufwerfen würde.

Gleichwohl blieb die deutsche Frage ein sensibles Thema. 1989/90 hat sich bestätigt, daß die Teilung Deutschlands, auch wenn sie aus anderen Gründen zustande gekommen war, für manche politischen Eliten in Nachbarstaaten den Aspekt einer Sicherungsfunktion auch gegenüber hegemonialen Ambitionen Deutschlands nie völlig verloren hatte.

Adenauer hatte der bundesdeutschen Außenpolitik die Maxime vorgegeben, daß ihre beiden Hauptziele: Westbindung – atlantische wie europäische – und Wiedervereinigung, nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander bedingen. Voraussetzung für eine praktische Verbindung dieser Ziele war eine Neukonzeption der sowjetischen Westpolitik, zu der die UdSSR irgendwann aus innerer Schwäche kommen müsse. Ich erinnere an Adenauers Aussage von 1966: „Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß die Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.“

Bis eine solche Revision der sowjetischen Politik sich abzeichnete, mußte man sich darauf konzentrieren, die Voraussetzungen für eine künftige Lösung der deutschen Frage zu schaffen oder offenzuhalten. Gegenüber den westlichen Verbündeten bedeutete dies u. a., keinen berechtigten Zweifel an der Bündnisloyalität der Bundesrepublik aufkommen zu lassen.

Es ist daher kaum möglich, die Bedeutung der NATO-Nachrüstung von 1983 und den Folgejahren für die Wiedervereinigung Deutschlands zu überschätzen. Daß die westliche Allianz damals die Kraft gefunden hat, diese Gegenmaßnahme gegen den sowjetischen Rüstungsschub der SS 20 auch gegen erhebliche Widerstände im Innern durchzusetzen, hat, wie wir von Daschtschew, auch von Gorbatschow selbst und anderen wissen, wesentlich zur Neuorientierung der sowjetischen Westpolitik unter Gorbatschow beigetragen. Zugleich hat die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses durch die 1982 angetretene Bundesregierung die Vertrauensbasis im Westen wieder gefestigt, die durch Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit ins Wanken geraten war. Es kam damals nicht darauf an, „Angst vor den Freunden“ zu propagieren, wie ein Politiker schrieb; es kam vielmehr darauf an, auch im Interesse der eigenen Sicherheit, Solidarität mit den Freunden zu praktizieren. Die damals wiedergewonnene Vertrauensbasis war sieben Jahre später eine der Grundlagen der Wiedervereinigungspolitik.

Seit dem Jahresbeginn 1988 verdichteten sich die Anzeichen, daß sich die latente Dauerkrise der DDR zu einer akuten Krise zuspitzte. Die Politik Gorbatschows begann auch hier einen zunehmenden Reformdruck und in der Folge, bei Enttäuschung der Erwartungen, eine zunehmende Frustration zu erzeugen. Das deutlichste Signal war der wachsende Ausreisepressure, der nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze 1989 allmählich in eine massenhafte Ausreisebewegung überging. Zu meinen eindrucksvollsten Erinnerungen gehört der Abend des 30. September 1989, als Hans-Dietrich Genscher und ich vom Balkon des Palais Lobkowitz den rund 5.000 Zufluchtsuchenden auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag die Nachricht bringen konnten, daß die DDR-Führung ihrer Übersiedlung zugestimmt hatte. Aber auch die Begegnung zuvor im August mit den Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, die wir geschlossen hatten, beziehungsweise später im Flüchtlingslager Gießen, machten in überzeugender Weise deutlich, daß diese Menschen von der DDR nichts mehr wissen wollten und daß es sich um mehr handelte, als nur um einen Ausdruck der Entschlossenheit, in diesem verkrusteten, reformunfähigen, unmenschlichen System nicht mehr leben zu wollen.

Im krassen Gegensatz dazu die starre Haltung der politischen Führung in Ost-Berlin, völlig uneinsichtig gegenüber der Erkenntnis, daß die DDR sich nicht abschotten konnte gegenüber den Reformbewegungen und Reformentwicklungen in ganz Mittel- und Osteuropa. Für die Bundesrepublik mußte es darauf ankommen, diese Reformentwicklung nach Möglichkeit zu unterstützen, zu ermutigen, natürlich auch nichts zu tun, was sie behindern konnte. Es war zu

erwarten, daß das Übergreifen der Demokratiebewegung auf die DDR auch die deutsche Frage wieder ins Gespräch bringen würde, auch wenn Gorbatschow diese Konsequenz seiner Politik offenbar nicht rechtzeitig erkannt hat. Die Menschen – davon waren wir überzeugt – würden die Einheit fordern, sobald sie als reale Möglichkeit erkennbar würde. Gerade darum aber war es wichtig, die Reformentwicklung reifen zu lassen, ohne durch unzeitiges Thematisieren der Teilungsproblematik die Gegenkräfte der Reform, wo immer sie standen, herauszufordern.

Dies geschah zum Beispiel am 6. und 7. November 1989, als die DDR-Führung vertraulich die Frage stellte, ob – und das hieß auch: zu welchen Konditionen – die Bundesregierung zu Kreditgewährungen in neuen Dimensionen bereit sei. Die Rede war zunächst von 10 Milliarden DM innerhalb von zwei Jahren und jährlich zwei bis drei Milliarden DM ab 1991. Vorangegangen waren die bekannte Politbüro-Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Lage, in der Planungschef Schürer eine nicht mehr kontrollierbare Außenverschuldung der DDR feststellte, und ein vergeblicher Versuch des neuen Generalsekretärs Krenz, finanzielle Hilfe in Moskau zu erhalten. Jetzt konnte ich in den Gesprächen, nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler, gemeinsam mit dem Kollegen Schäuble erwidern, auch am 5. Dezember bei den Verhandlungen mit Ministerpräsident Modrow über die Abschaffung des Begrüßungsgeldes, der Einrichtung eines Devisenfonds und der Aufhebung des Zwangsumtausches, daß über wirtschaftliche Hilfe in derartigen Größenordnungen nur gesprochen werden könne, wenn die SED ihr Machtmonopol aufgeben, oppositionelle Organisationen zulassen und freie Wahlen anberaumen würde. Die gleichen Forderungen stellte der Bundeskanzler öffentlich in seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Damit geriet die DDR-Führung unter den doppelten Druck der Demonstranten und der bundesdeutschen Politik.

Für die Politik der folgenden 11 Monate ist der Begriff „Handlungsspielräume“ eigentlich irreführend; eher müßte man von „Handlungsnotwendigkeiten“ oder „Handlungszwängen“ sprechen, denn die Grundrichtung und das Tempo der Entwicklung wurden im wesentlichen von den revolutionären Ereignissen, von der Schnelligkeit des Zusammenbruchs des Systems vorgegeben, und es kam darauf an, diese Entwicklung durch die richtigen Impulse zu kanalisieren.

Ein entscheidender Impuls war das 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers vom 28. November 1989. Dieser Schritt war bewußt weder in der Koalition noch international abgestimmt, allerdings konnte nach den öffentlichen Erklärungen und den telefonischen Meinungsäußerungen des amerikanischen Präsidenten davon ausgegangen werden, daß er die Richtung des Programms billigte.

Wir waren überzeugt, daß die Situation ein solches Signal erforderte. Dem Machtwechsel von Honecker zu Krenz war, wie zu erwarten, eine Stabilisierung der Situation nicht gefolgt. Die bewegenden Ereignisse bei der Grenzöffnung am 9. November hatten gezeigt, daß es hier um mehr ging als um bloßes Wiedersehen: Die deutsche Frage war neu gestellt. Am 17. November hatte der

neue Ministerpräsident Modrow versucht, die revolutionäre Entwicklung zu bremsen, indem er in seiner Regierungserklärung eine deutsch-deutsche „Vertragsgemeinschaft“, also ein zwischenstaatliches Kooperationsverhältnis ohne Vereinigungsperspektive, vorschlug. Gleichzeitig verstärkte sich der Überdieslerstrom.

Dies war die gebotene Situation um in die deutschlandpolitische Offensive zu gehen und den Ruf „Wir sind ein Volk“ in ein politisches Programm zu fassen. Das 10-Punkte-Programm, bewußt allgemein gehalten und ohne Angabe eines Zeitplans, so daß es flexibel der realen Entwicklung angepaßt werden konnte, gab dem Massenprotest und dem Massenaufbruch in der DDR eine konkrete politische Perspektive.

Diese Initiative stieß international auf ein gemischtes, auch zum Teil negatives Echo. Sie fand allerdings die beiden entscheidenden Verbündeten. Der eine war die USA-Administration. Präsident Bush und Außenminister Baker erklärten unmittelbar darauf, daß sie das Ziel der deutschen Selbstbestimmung unterstützten, sofern die Einheit sich friedlich und schrittweise vollziehe, Deutschland in die NATO und die EG integriert bleibe und die Grenzziehungen gemäß der KSZE-Schlußakte gehandhabt würden, mit anderen Worten die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigt werde.

Der zweite Verbündete war die Bevölkerung in der DDR; die Forderung nach der Einheit trat immer beherrschender in den Vordergrund der Demonstrationen. Besonders eindrucksvoll war die Begrüßung des Bundeskanzlers und seiner Delegation durch Menschenmengen in Dresden am 19. Dezember. Uns Beteiligten wurde an diesem Tag besonders anschaulich, daß die Wünsche der Menschen auf die deutsche Einheit zielten und daß sie diese nicht in einem langjährigen Prozeß, sondern auf möglichst schnellem Wege erreichen wollten.

Für die Überwindung der Widerstände gegen diese Einheit war die innere Entwicklung in der DDR im Dezember und Januar – mit dem Rücktritt der Parteiführung, dem Rücktritt von Krenz aus seinen Staatsämtern und mannigfachen Enthüllungen über Machtmißbrauch und Korruption – entscheidend. Die Staatsgewalt zerfiel zusehends. Es zeigte sich, daß eine realistische Alternative zur deutschen Einheit auch für die, die sie herzlich gern gefunden hätten, nicht erkennbar war. Die Stabilisierung der DDR durch die Regierung Modrow blieb aus. Deren im Grunde rückwärtsgewandte Richtung war besonders deutlich an dem Versuch zu erkennen, das Ministerium für Staatssicherheit in leicht gewandelter Gestalt in ruhiges Fahrwasser hinüberzuretten. Die anhaltenden Demonstrationen und die ab Januar wieder wachsenden Flüchtlingszahlen zeigten, daß der halbherzige Versuch einer „deutschen Perestrojka“ zu spät kam und keine Vertrauen mehr bei der Bevölkerung fand. Damit blieben auch die Versuche dieser Regierung, die revolutionäre Entwicklung anzuhalten oder in die Richtung auf ein über längere Frist zu errichtendes neutrales Deutschland zu lenken, ohne reale Grundlage.

Ende Januar mußte auch Gorbatschow erkennen, daß die Wiedervereinigung selbst nicht zu verhindern war und er allenfalls versuchen konnte, den Wiedervereinigungsprozess zu verlangsamten und an die aus seiner Sicht bestmöglichen Konditionen zu binden.

Nach der Initiative vom 28. November war die Zeit Ende Januar/Anfang Februar 1990 die zweite Beschleunigungsphase in der Einigungspolitik der Bundesregierung. Anfang Februar wurde der DDR das Angebot gemacht, zunächst in Gespräche und nach der Volkskammerwahl – nach Konstituierung einer dazu legitimierten DDR-Regierung – in Verhandlungen über die Einführung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einzutreten. Damit wurde nicht nur den Forderungen der Regierung Modrow und des Runden Tisches nach einem „Lastenausgleich“ von 10 bis 15 Mrd. DM die Spitze genommen – eine solche Finanzspritze hätte ohnehin nur der Stabilisierung eines unhaltbaren Systems gedient –, sondern es wurde zugleich die Perspektive auf einen Systemwechsel in der noch bestehenden DDR eröffnet und den Menschen eine baldige Besserung ihres Lebensstandards in Aussicht gestellt. Zugleich wurde damit ein Signal an die Vier Mächte gegeben, daß der Wiedervereinigungsprozess auf deutscher Ebene eine schnelle Einigung auch über die internationalen Aspekte notwendig machte. Nur zwei Wochen nach der ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungsrunde in Bonn wurde der Staatsvertrag unterzeichnet.

Inzwischen war die zweite Beschleunigungsphase des Wiedervereinigungsprozesses unmittelbar in die dritte übergegangen: sie wurde markiert durch die freie Volkskammerwahl. Als Gorbatschow dem Bundeskanzler am 10. Februar 1990 in Moskau zugestanden hatte, daß es Sache der Deutschen selbst sei, über Zeitpunkt und Weg der Einigung zu entscheiden, war er wohl von der Erwartung ausgegangen, daß bei den Wahlen diejenigen Kräfte eine Mehrheit erhalten würden, die die Einigung vielleicht über längere Zeiträume anstreben wollten. Dabei wäre dann auch die Frage der Bündniszugehörigkeit möglicherweise neu in die Diskussion geraten. Der Ausgang der Wahl enttäuschte auch die Erwartung; die demokratisch legitimierte Regierung der Großen Koalition legte sich auf die Einigung nach Art. 23 und – bei gewissen individuellen Akzentunterschieden – auf zügige Verhandlungen mit der Bundesregierung fest. Der Entwurf des Einigungsvertrags war bereits Anfang August fertiggestellt, die Unterzeichnung folgte Ende des Monats.

Es war ein Erfolg des eng abgestimmten Vorgehens der Bundesregierung und der Regierung der USA, daß die internationalen Verhandlungen zur Wiedervereinigung auf Zwei-plus-Vier-Ebene stattfanden – nicht in Form einer Friedenskonferenz oder einer KSZE-Konferenz, wie von Gorbatschow zeitweilig vorgeschlagen, und auch nicht in Form von bloßen Vier-Mächte-Verhandlungen, wie es die Sowjetunion mit dem Botschaftertreffen in Berlin am 11. Dezember 1989 zu initiieren versuchte und wie sie auch auf britischer Seite zeitweilig befürwortet wurden.

Und ebenso wichtig war es, daß diese Verhandlungen auf die internationalen Aspekte der deutschen Einheit beschränkt bleiben sollten, während die inneren Aspekte ausschließlich in deutscher Zuständigkeit blieben.

Mit den Verhandlungen auf innerdeutscher Ebene suchte die Bundesregierung zugleich das Tempo für die internationalen Gespräche vorzugeben. Man wird aus der Rückschau manches finden, was sorgfältiger hätte geregelt werden können, als es in der notwendigen Eile der damaligen Verhandlungen geschah, aber angesichts der Möglichkeiten, die die damalige Situation eröffnete, und der Tatsache, daß die weiteren Entwicklungen vor allem in der Sowjetunion unvorhersehbar waren, wäre alles andere als ein schnelles Ergreifen angesichts dieser historischen Chance völlig unverantwortlich gewesen.

In den internationalen Gesprächen kam es u. a. darauf an, die Verhandlungen nicht in Foren zu verlagern, die den Prozeß der Einigung erschweren oder verlangsamten konnten. Eine „Friedenskonferenz“ wäre aber fast ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende und nach vierzig Jahren demokratischer Politik in der Bundesrepublik aus vielen, auch aus Sachgründen nicht akzeptabel gewesen. Es mußte erreicht werden, daß das vereinte Deutschland von vornherein seine volle Souveränität erhielt und daß ihm keine singularisierenden oder diskriminierenden Sonderbestimmungen auferlegt wurden.

Hierzu gehörte auch die Freiheit, einem Bündnis der eigenen Wahl anzugehören, also für die Bundesrepublik Deutschland: in der NATO, jetzt mit erweitertem Territorium bei begrenzten Sonderbestimmungen für die neuen Bundesländer, zu verbleiben. Dies war nicht nur die Voraussetzung, unter der allein die Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit überhaupt zu erlangen war; es entsprach auch dem vitalen deutschen Interesse. Eine Neutralität des wiedervereinten Deutschland hätte die NATO ihres europäischen Zentrums beraubt und damit vermutlich früher oder später an ihr Ende gebracht. Der Rückzug der USA aus Europa würde dann die zu erwartende Folge sein. Vermutlich wäre auch die europäische Integration entscheidend zurückgeworfen worden. Eine Isolierung Deutschlands, ähnlich derjenigen unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg – wie manche sie andeuteten – oder noch eher derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg würde eine kaum vermeidbare Folge sein. Die Stabilisierung des deutschen NATO-Engagements und die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses mußten also abgesichert werden. Sie waren zugleich der Schlüssel zur Überwindung der Vorbehalte auf dem EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989.

Das schwierigste Problem seit dem Februar 1990 war es, die Zustimmung der UdSSR zur deutschen NATO-Mitgliedschaft zu gewinnen. Ich brauche die einzelnen Verhandlungen und Gespräche in dem Dreieck Bonn-Washington-Moskau, auf Regierungschef- und auf Außenministerebene, hier nicht im einzelnen nachzuzeichnen. Ausschlaggebend war, daß die sowjetische Führung zur Verminderung ihrer Rüstungslasten auf die Kooperation mit der Bundesrepublik angewiesen war. Wenn sie ihre politische Linie nicht grundlegend ändern und die Zusammenarbeit mit dem Westen abbrechen wollte, konnte sie

nicht anders, als in dieser Frage einer Lösung zuzustimmen, die in der Substanz den westlichen Vorstellungen entsprach.

Die Verhandlungen des Frühjahrs 1990 liefen also im wesentlichen darauf hinaus, in einer „Arbeitsteilung“ zwischen der NATO, also insbesondere den USA, und der Bundesrepublik Angebote für die Sowjetunion zu entwickeln, die ihr die Hinnahme der deutschen NATO-Mitgliedschaft erleichtern würden. Hierzu gehörte auf Bündnisebene insbesondere eine Neudefinition des NATO-Selbstverständnisses; die „Erklärung über eine gewandelte NATO“ wurde im Juli 1990 rechtzeitig zum 28. Parteitag der KPdSU vom Londoner NATO-Gipfel verabschiedet.

Die Bundesregierung kam den sowjetischen Besorgnissen im sicherheitspolitischen Bereich entgegen, ich denke, das war schon Gegenstand der heutigen Diskussion, die Bundesregierung kam der Sowjetunion auch entgegen durch eine Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Zugeständnissen, und den Schlußstein erhielt das Gebäude der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen durch einen Partnerschaftsvertrag der am 1. Jahrestag der Maueröffnung, am 9. November 1990, unterzeichnet wurde.

Sie wissen, daß die deutschen und amerikanischen Verhandlungen mit der sowjetischen Seite sich bis in den Juli erstreckten, wobei die sowjetische Führung nur sehr allmählich und zeitweise auch mit widersprüchlichen Signalen von ihren ursprünglichen Forderungen abrückte. Der Durchbruch erfolgte in mehreren Schritten; einer dabei war die Begegnung Gorbatschows mit Bush in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990. Den letzten und entscheidenden Verhandlungsschritt brachte der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Moskau und im Kaukasus am 16. und 17. Juli 1990. Die hier erreichten Ergebnisse waren in den folgenden Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nur noch zu bestätigen.

Erlauben Sie mir, mein Resümee der Politik der Bundesregierung im Vereinigungsprozess vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 mit drei kurzen Bemerkungen abzuschließen:

Erstens: Die Grundlage aller Wiedervereinigungspolitik 1989/90 war der Wille der Deutschen in der DDR, dem sie eindeutig öffentlich Nachdruck verliehen – wobei ich neben den Demonstranten auch die Ausreisenden mit erwähne. Über das Ziel der deutschen Selbstbestimmung konnte in der Weltöffentlichkeit kein Zweifel bestehen. Der erfolgreiche Volksaufstand gegen die SED-Diktatur machte die Wiedergewinnung der Einheit möglich; er ist eine der bleibenden Leistungen in den freiheitlichen Traditionen unseres Landes.

Zweitens: Die deutsche Einigung hat sich letztlich – mit den den seitherigen Entwicklungen entsprechenden Modifikationen – längs der Entwicklungslinie vollzogen, die bereits Adenauer der Deutschlandpolitik vorgezeichnet hat: Voraussetzung der Einheit war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Systems in den Ostblock-Staaten und in der Sowjetunion selbst, die sich daraufhin genötigt sah, Kosten und Nutzen ihrer Westpolitik neu einzuschätzen. Es bleibt das Verdienst von Michail Gorbatschow, daß er die Klar-

sicht und den Mut hatte, aus der Existenzkrise des sozialistischen Systems die Konsequenz einer fundamentalen Reformpolitik zu ziehen. Dabei setzte er allerdings Entwicklungen in Gang, die über seine begrenzten Ziele und damit auch über ihn selbst hinweggegangen sind.

Daß bei der Neugestaltung der sowjetischen Westpolitik auch die deutsche Frage erfolgreich gelöst werden konnte, war Folge der Tatsache, daß sich das freie Deutschland über Jahrzehnte als demokratischer Staat und als Verbündeter der westlichen Allianz bewährt hat und daß es – wenn auch bei den europäischen Nachbarn eingeschränkt durch belastende historische Erinnerungen – Vertrauen gefunden und erhalten hat.

Die Annahme, die zum Beispiel Egon Bahr bis 1990 immer wieder mahnend in die Diskussion gebracht hat, NATO-Mitgliedschaft und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, sie hat sich als irrig erwiesen. Richtig ist: Die NATO und die Wiedererrichtung und Sicherung des vereinten demokratischen Deutschland hängen untrennbar zusammen.

Drittens: Unentbehrlich für die Wiedererlangung der Einheit war die uneingeschränkte Unterstützung durch die USA. Am vergangenen Freitag ist in Stuttgart die historische Leistung von Präsident George Bush, der sich um die Einheit unseres Landes verdient gemacht hat, zu Recht gewürdigt worden. Und wenn man über die Kennedy-Brücke in Bonn fährt, kann man sich für spätere Zeiten sicherlich noch manche zusätzliche Würdigung von George Bush auch in Berlin vorstellen. Ich bitte um Nachsicht, daß ich meine Zeit etwas überschritten habe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Seiters. Auf den Vortrag von Herrn Seiters über die Politik der Bundesrepublik in der Phase, über die wir hier diskutieren, folgt jetzt ein Vortrag von Markus Meckel über die gleichzeitige Politik der DDR. Bitte Markus Meckel.

Markus Meckel, MdB: Es ist nicht ganz einfach, nicht nur nach diesem Tag, sondern überhaupt, über die Politik der DDR im Vereinigungsprozess zu reden. Denn die Perspektiven sind sehr vielfältig, und die Fragen der Innenpolitik, wobei ich jetzt meine, der deutsch-deutschen Politik, und der Außenpolitik sind eng miteinander verflochten. Ich denke, es ist wichtig, das ist mein Eindruck der letzten Tage und der Feierlichkeiten um den 3. Oktober, überhaupt noch einmal die Perspektive und auch manche Perspektivverschiebungen, die es in der Wahrnehmung dieses Prozesses gegeben hat, deutlich zu machen. Bei diesen Feierlichkeiten war die Rede von den Verdiensten der Präsidenten Bush und Gorbatschow, was ja auch mit Recht geschah, natürlich von Helmut Kohl, auch hier ist das Recht nicht zu bestreiten, und von den mutigen Menschen auf den Straßen der DDR, die das alles möglich gemacht haben. Man könnte glauben, daß nach spontanen Demonstrationen durch eine plötzlich mutig gewordene DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 das SED-Regime plötzlich zusam-

mengebrosen sei und die Bundesrepublik den ganzen Laden übernommen habe.

Dies scheint die eine Perspektive. Die andere, noch schlechtere in meiner Sicht, die noch öfter bis in Bundestagsreden hinein zu hören ist, lautet, daß 16 Millionen Ost-Deutsche durch die Einheit die Freiheit erhalten haben. Die Beispiele für solche Perspektiven und Varianten ließen sich mehren, und es gibt dann eine ganze Palette dazwischen. Sie machen deutlich, daß in der Erinnerung der allermeisten Menschen heute die Demonstrationen, der Mauerfall, die Wahl und die deutsche Vereinigung zu einem Ereignis zusammenfließen, das dann auch noch verharmlosend „Wende“ genannt wird. Das ist oft, wie ich denke, nicht böser Wille. Man macht sich einfach keine Gedanken darüber. Wenngleich natürlich manchmal auch Interessen im Spiel sind.

Die DDR als eigenständiger Akteur – oder besser, mit eigenständigen Akteuren – im Vereinigungsprozess kommt normalerweise nicht vor. Vieles ist hier bis heute auch nicht erforscht. Das muß man natürlich dazusagen. Die Darstellungen und Dokumentationen der Bundesregierung lassen diese Dimension zu großen Teilen weg. Zwar sind die Materialien weitgehend zugänglich, aber es gibt keine Ausgaben dieser Dokumente, zum Beispiel eine Gesamtausgabe der Plenardebatten der Volkskammer, die ich für ungeheuer wichtig halte, dieses Projekt ist bis heute nicht einmal in Angriff genommen. Oder die Protokolle des Ministerrates oder auch des Koalitionsausschusses. Wer kennt die unterschiedlichen Perspektiven und Handlungsebenen aus der Sicht der DDR? Dies alles fällt in der Darstellung, in der Erinnerung völlig unter den Tisch. Daß mir selbst die Materialien des eigenen Ministeriums bis heute nicht zugänglich sind, ist dann nur noch ein Witz, wenn man es locker nehmen will, weil das einzige Ministerium, dessen Akten nicht zugänglich sind, eben dieses Außenministerium ist, wie ich finde mit sehr schlechten Argumenten. In den ersten zwei Jahren der deutschen Einheit gab es dafür noch gute Argumente, die Herr Genscher ja auch genannt hat. Heute gibt es sie wahrhaftig nicht mehr.

Ein Rückblick braucht aber die verschiedenen Facetten dieser Geschichte, die Darstellung der unterschiedlichen Positionen der Akteure und ihrer Entwicklung, ihrer Hintergründe, zumal es sich, darin sind wir uns ja wohl alle einig, um eine Glücksstunde deutscher Geschichte handelt, und gleichzeitig ist es auch ein wichtiges Erbe deutscher Demokratiegeschichte.

In meinem ersten Punkt, wenn dies eine Vorbemerkung war, möchte ich den Weg der deutschen Einheit als Weg der institutionellen Selbstbestimmung der DDR-Bürger beschreiben.

Wer die historischen Abläufe der 14 Monate zwischen dem Sommer 1989 und dem 3. Oktober 1990 genau betrachtet, wird in der DDR verschiedene Phasen unterscheiden müssen. Zuerst die Zuspitzung der Krise im Sommer 1989, verstärkt durch die Fluchtwelle und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, dann die Herbstrevolution unter der Führung neuer oppositioneller

Organisationen, die durch den machtvollen Druck der Straße mit dem Sturz der SED-Diktatur und dem Mauerfall endete. Es folgte die Regierungszeit Modrow, in der dieser die Macht von der Partei zur Regierung verlagerte und für die SED-Genossen zu retten suchte, was zu retten war, und gleichzeitig die Zeit des Runden Tisches, der dies zu verhindern suchte, die Regierung kontrollieren wollte und in zentralen Fragen Modrow auch zum Einlenken zwang – beileibe nicht in allem, wo es notwendig gewesen wäre. Die Hauptaufgabe des Runden Tisches war jedoch die Vorbereitung der freien demokratischen Wahlen. Anders als in Polen war bei uns das Ergebnis des Runden Tisches nicht die Teilung der Macht, sondern die wirklich freie Wahl. Das heißt, wir haben die Macht nicht abgehandelt, was dann auch für die Fragen der Aufarbeitung und die Unterschiede zwischen der DDR beziehungsweise Deutschland und Polen eine nicht unwichtige Rolle spielt.

Die letzte Phase beginnt mit der frei gewählten Volkskammer und der von ihr gewählten Regierung. Diese bereitete dem Wählerauftrag gemäß in Verhandlungen und Verträgen die Vereinigung vor – im Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, im Einigungsvertrag und im Zwei-plus-Vier-Vertrag. Die gewählte Volkskammer beschloß den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 Grundgesetz.

Dieser institutionelle Ablauf bis zum Tag der deutschen Einheit ist ein Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Wir Ostdeutschen sind nicht wie ein maroder Apfel an die Bundesrepublik gefallen, sondern zielten die Einheit an und vollzogen den Beitritt erhobenen Hauptes. Hier handelten von den DDR-Bürgern frei gewählte Institutionen und Personen.

Wie hätte ein solcher Prozeß besser laufen können?

Der Weg der Freiheit führte geradlinig in die Einheit. Was die institutionellen Abläufe angeht, kann ich nur sagen: Es war schwierig genug, aber hier wurden alle Träume wahr!

Aber es waren nicht nur Träume, sondern es war auch politische Strategie, der politische Wille zur Selbstbestimmung. Ich verweise zum Beispiel auf eine Erklärung, die wir im SDP-Vorstand am 3. Dezember 1989 beschlossen. Andere könnten wahrscheinlich anderes hinzufügen. Unsere Erklärung enthielt damals folgende Momente:

- Wir wollten die Einigung als wohlorganisierten Prozeß zwischen zwei demokratisch legitimierten, gleichberechtigten deutschen Staaten, in dem die Interessen des schwächeren Teils, der Bevölkerung der DDR, angemessen vertreten und berücksichtigt sind. Deshalb war die wichtigste Forderung die Konstituierung eines frei gewählten Parlaments, einer legitimierten Regierung in der DDR.
- Die deutsche Einigung sollte nicht auf Kosten der sozial Schwachen in der DDR gehen. Das war der zweite Punkt.

- Der dritte: Sie sollte den europäischen Einigungsprozess fördern, die Sicherheit in Europa nicht gefährden und den Deutschen volle Souveränität geben.
- Viertens: Die Nachbarn Deutschlands sollten sich der endgültigen Anerkennung ihrer Grenzen und der Solidarität Deutschlands auf ihrem Weg der Demokratisierung sicher sein.

Ich bin mir bewußt, daß viele in Ost und West die deutsche Vereinigung nicht als selbstbestimmten Weg der Ostdeutschen sehen können oder wollen. Für die Ostdeutschen ist es klar, daß viele sich von westlicher Dominanz der Strukturen und Personen überrannt fühlten. Aber dazu komme ich noch. Für die Geisteslage im Westen ist es zum Beispiel bezeichnend, daß ich in dem ersten Rentenüberleitungsgesetz, das wir 1992, glaube ich, beschlossen haben, es wurde dann später korrigiert, als ehemaliger Minister als „systemnah“ galt und entsprechenden Kürzungen unterworfen wurde, denn der Stichtag war damals der 2. Oktober 1990. Es war den Beamten, aber auch den Politikern nicht aufgefallen, daß die DDR seit dem März 1990 ein demokratischer Rechtsstaat war... Diese Frage von Terminierung kommt ständig vor, und zwar bis heute.

Wichtig für die Frage der Perspektive der deutschen Einheit ist eine Erinnerung an die Diskussion um den Art. 23. Als Ende Januar 1990 die rechtliche Möglichkeit für die Vereinigung nach Art. 23 in die Diskussion kam, hatten wir selbst im Vorstand der SDP eine harte Auseinandersetzung über den Weg zur deutschen Einheit. Einige wollten wie ein Großteil der Bevölkerung die sofortige und unmittelbare Vereinigung per Beitrittsbeschluß. Ihnen waren sowohl der internationale Zusammenhang wie die konkreten Bedingungen, die nach unserer Meinung vorher geregelt sein mußten, eher zweitrangig. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Vorstandes am 14. Februar 1990, in der wir anhand erster Entwürfe darzustellen versuchten, es war fast wie eine Stunde der politischen Bildung, was alles zu regeln sei, wenn zwei so unterschiedliche Gesellschaften zusammengeführt werden. Unser Ziel war deshalb ein Stufenplan zur deutschen Einheit. Fazit: Wenn es eine Vereinigung ohne einen Vertrag gibt, wird dies alles, was wir da beschrieben hatten, allein im Westen entschieden, und wir sind als politisch Mitbestimmende draußen. Ein einfacher Anschluß würde zur Benachteiligung der DDR-Bürger führen. Wir setzten uns in dieser Sitzung dann schließlich durch. Unser erstes Ziel mußten gerade um einer gut organisierten Vereinigung willen handlungsfähige demokratische Strukturen sein. Wir brauchten Parlament und Regierung, die dann die Einigung zu organisieren hatten. Nur so würde sich die Einheit Deutschlands im aufrechten Gang vollziehen lassen! Wer dies wollte, dies war die Absicht, mußte dann aber natürlich auch erst die demokratischen Institutionen schaffen.

Nach der Wahl war die Perspektive klar. Nicht, wie wir ursprünglich wollten, nach Art. 146, sondern nach Art. 23. sollte die Einigung vollzogen werden, wegen der Unkompliziertheit und weil es sehr viel schneller zu machen war. Wir waren uns dann in den Koalitionsgesprächen aber auch sehr schnell einig, daß dies nicht ein Beitritt mit Handschlag sein könne, sondern daß dieser erst

nach entsprechenden Verhandlungen erfolgen sollte, die das Zusammenführen der verschiedenen Bereiche so unterschiedlicher Gesellschaften zum Thema haben müßten. Dies war nicht selbstverständlich. Es sei nur daran erinnert, daß wir in der Koalitionsvereinbarung extra festgeschrieben haben, daß der Beitritt nur für die ganze DDR erfolgen könne, denn es gab damals durchaus die Vorstellung, und so rechtlich klar war das offensichtlich auch nicht, daß einige Gebietskörperschaften, zum Beispiel eine Stadt, einfach den Beitritt hätten erklären können. Diese Angst und diese Befürchtung spielten damals in der Diskussion noch eine Rolle und auch in den Koalitionsverhandlungen. Gleichzeitig gab es auch in der Zeit der neuen Volkskammer die Gefahr, daß überstürzt einfach ein Beschluß gefaßt würde. Ich erinnere an den 17. Juni 1990, wo ein nicht geringer Teil der Großen Koalition, DSU, und Teile von Bündnis 90 sich an dem Versuch beteiligten, den sofortigen Beitritt zu beschließen. Dies zu verhindern, war kein leichter Akt. Wichtig war, daß de Maizière, Richard Schröder und Reinhold Höppner gemeinsam das Notwendige taten. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet hätte, wenn plötzlich der Beitritt beschlossen worden wäre. Die Bundesrepublik hätte sich nicht wehren können. Er wäre beschlossen worden, und was dies außenpolitisch bedeutet hätte, mag man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Ein Problem für die Politik war, daß man die Instrumentarien des Handelns innerhalb der eigenen Verwaltung, innerhalb des eigenen Parlamentes erst einmal schaffen mußte. Man mußte die Volkskammer erst zu einem Parlament machen, vorher war sie nur eine Abstimmungsmaschine gewesen. Selbst da, wo es entsprechende Institutionen gab wie eben beim Parlament, waren die Handlungsabläufe völlig neu zu gestalten und war ihnen ein entsprechender Rechtsrahmen zu geben. Die Sozialdemokraten waren, wie sich dann herausstellte, die einzigen, die sich vorher darum gekümmert und auch darauf vorbereitet hatten. Martin Gutzeit hatte daran einen nicht unwesentlichen Anteil. Was muß eigentlich alles geregelt werden, und was hat Priorität? Oder eben auch Geschäftsordnungen. Das Festlegen von Prioritäten, von Gesetzgebungsplänen. Oder ich denke an die Arbeitsweisen der Ministerien. Ich, aber das ging ja anderen nicht anders, wir kamen in Häuser mit sehr sehr vielen Angestellten, denen wir mißtrauten. Ich ging da mit drei Leuten hinein, und es war keine leichte Aufgabe, in einer solchen Konstruktion überhaupt handlungsfähig zu werden. Insgesamt war ich 130 Tage Außenminister. Normalerweise sagt man, nach 100 Tagen fängt man an, ernstgenommen zu werden, da war meine Zeit im wesentlichen beendet.

Ich glaube, es lohnt sich, heute noch einmal die Koalitionsvereinbarungen der Großen Koalition der DDR und die Regierungserklärung von Lothar de Maizière nachzulesen. Sie beschrieben die Fülle der Aufgaben jenseits des unmittelbaren Verhandlungsgeschäftes, um überhaupt mit Fug und Recht sagen zu können, wir sind legitimierte Vertreter dieser Regierung und können und wollen, natürlich mit der Perspektive der Vereinigung, aber auch schon für die Zeit vorher rechtsstaatliche demokratische Verhältnisse schaffen. Ich will dies

jetzt nicht ausführlicher ausführen, mein Manuskript liegt draußen (s. Anlage 3). Ich will auf zwei Punkte aber noch eingehen.

Einmal war die Situation der Verhandlungen meines Erachtens sehr stark davon geprägt und, wie ich fand, auch behindert, daß die gesamte Vereinigung in einem Wahljahr stattfand. Ohne das Wahljahr hätte, davon bin ich überzeugt, Helmut Kohl das Angebot Hans-Jochen Vogels von Anfang 1990, dies als eine gemeinsame nationale Aufgabe über Parteigrenzen hinweg zu gestalten, angenommen. So war dies nicht der Fall. Jede Entscheidung im Vereinigungsprozess war geprägt von der Perspektive der Bundestagswahl. Das ließ sich in vielen Bereichen zeigen, und es wirkte auch auf die Koalitionsregierung in der DDR zurück. Als Beispiel erwähne ich nur, daß ich selbst erste Entwürfe meines Koalitionspartners über Überlegungen und Positionsbestimmungen des Einigungsvertrages, die im Büro Krause gemacht worden waren, nicht von meinem Koalitionspartner erhielt, sondern durch Indiskretion aus dem Bundeskanzleramt. So sah dann auch die Verhandlungspraxis aus, das heißt, auch die Handlungsfähigkeit in Bezug auf wirkliche Verhandlungen, wer da nun mit wem verhandelt, das ist dann ausgesprochen kompliziert gewesen. Wichtige Entscheidungen fanden am Ende mehr zwischen der Koalition in der Bundesrepublik und dem Bundesrat statt, weil eben die Regierung der DDR damit nicht klar kam und in der Bundesrepublik natürlich mit den verschiedenen politischen Entscheidungsträgern die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden mußten. Ich erinnere an den Paragraphen für den Schwangerschaftsabbruch, Paragraph 218, einer der ganz wenigen Punkte, wo man sagen muß, daß hier eine gesamtdeutsche Reform im Gefolge der Einigung zustande gekommen ist. Daß die Volkskammer dann am 23. August 1990 einen Beitrittsstermin festlegte, bevor der Einigungsvertrag wirklich zu Ende verhandelt und unterschrieben war, war für jeden Verhandlungsführer, der noch etwas durchsetzen will, eine völlig abwegige Situation. Das macht meines Erachtens die Unfähigkeit der DDR-Regierung in dieser letzten Phase offenkundig, eigenständige Positionen umzusetzen. Es war klar, die Musik spielte in Bonn. In Berlin hatte man das Zepter im wesentlichen schon aus der Hand gelegt oder es nicht in die Hand bekommen.

Wichtig ist es, sich noch einmal unseren Ansatz für die Verhandlungen zu vergegenwärtigen. Unsere Situation war ausgesprochen kompliziert. Es war klar, wir werden beitreten, und es war auch klar, daß wir nicht die gesamte Bundesrepublik umstürzen können und wollen. Dies spielte dann in der Verfassungsfrage eine Rolle. Uns war natürlich klar, daß das Grundgesetz die beste Verfassung in der deutschen Geschichte ist, das war überhaupt unumstritten. Aber es erschien uns wichtig, doch zu einer gemeinsamen Verfassung zu kommen, zu einer neuen Verfassung, natürlich auf der Grundlage des Grundgesetzes. Eine intensive Verfassungsdiskussion über ein Jahr oder ein gutes halbes Jahr hinweg hätte eine konstitutive und existentielle Bedeutung für dieses neue Deutschland gehabt. Wir waren der Meinung, dieses Neue müßte auch in den Formen seinen entsprechenden Ausdruck finden. Dies ist in vielen Punkten nicht gelungen. Gleichzeitig, Herr Schäuble hat es in seinem Buch charakteri-

stisch ausgedrückt, wurden wir im Osten von vielen Freunden und Reformern und Leuten, die Ideen hatten, mit Reformvorschlägen überschüttet. Wir konnten, muß ich sagen, vieles einfach gar nicht lesen. Dies war, muß ich nachträglich sagen, natürlich auch eine Gefahr, die von seiten der Bundesregierung in den Verhandlungen gesehen wurde. Was würde da alles auf den Tisch kommen, wenn man jetzt Generalrevision machte. Ich muß gestehen, besonders nachträglich kann ich diese Bedenken durchaus verstehen. Andererseits denke ich doch, daß die Perspektive, die dann Platz griff, wirklich mehr eine Perspektive des Anschlusses als eine Perspektive war, die auf einen wirklich gemeinsamen Neuanfang aus war, ohne daß ich jetzt über die einzelnen Punkte und Vorschläge rechten will; und was sie dann jeweils bewirkt hätten und ob die Alternativen, die wir dann an manchen Punkten gefordert hätten, so weiterführend gewesen wären, ist eine andere Frage.

Ich komme jetzt zu dem internationalen Aspekt. Die Perspektive am Anfang war relativ klar, wir haben das heute schon besprochen. Nach den Wirren des Herbstes 1989 mußte der Westen, insbesondere die USA, wirklich das Zepter des Handelns wieder in die Hand bekommen, und dies war notwendig auch aufgrund der amerikanischen Interessen. Das muß man so klar sagen. Daß Präsident Bush die Vereinigung befördert hat, war auch eine Frage des eigenen Interesses, und daß die Vereinigung möglichst zu den eigenen Bedingungen erfolgen mußte, das heißt mit der Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der NATO, war auch eine Frage des eigenen Interesses, denn die Führungsmacht USA in Europa brauchte dieses Instrumentarium. Hier zeigte sich, davon war vorhin schon die Rede, was „partnership in leadership“ bedeutete. Das Beispiel der deutschen Vereinigung ist dann wirklich *das* Beispiel, wo sie praktisch wurde. Die damit verbundene Frage der Verlässlichkeit ist, da stimme ich Herrn Seiters ausdrücklich zu, für die Zukunft eine wesentliche und prägende Perspektive. Über Frankreich und Großbritannien ist heute schon viel gesagt worden, deshalb will ich das hier aussparen. Als ich selbst am 12. April 1990 Außenminister wurde, waren die wichtigsten Konstellationen für den Zwei-plus-Vier-Mechanismus festgelegt, der Zwei-plus-Vier-Mechanismus war erfunden. Als ich kurz danach das erste Mal Hans-Dietrich Genscher in seinem Privathaus besuchte, erklärte er mir die Zusammenhänge, auch die Hintergründe. Dies war für mich ein ausgesprochen wesentliches Gespräch, nicht zuletzt deswegen, weil ich selber noch in dem Gründungsvortrag zur Sozialdemokratischen Partei am 7. Oktober 1989 von einem notwendigen Friedensvertrag gesprochen hatte, um die Nachkriegszeit und die Folgen zu beenden und die volle Souveränität Deutschlands wiederherzustellen. Die Gründe, weshalb es kein Friedensvertrag sein sollte, sind klar, ich brauche das hier nicht im einzelnen zu wiederholen. Die Frage der Reparationen spielte hier eine ganz zentrale Rolle. Auch die Frage, wer mit wem verhandelt, nicht zuletzt, daß wir nun mal nicht unmittelbar mehr in der Nachkriegszeit lebten, sondern daß man Erfahrungen gemacht hatte mit einer stabilen Demokratie als Partner in Westeuropa, dies konnte man nicht einfach beiseiteschieben. Wir unterstützten diese Position und fügten hinzu: Wir haben die Demokratie erkämpft,

das heißt, wir sind nicht einfach nur die Verlierer des Zweiten Weltkrieges, sondern demokratische Partner in dieser Beziehung. So gelangten wir zu einem gemeinsamen Ansatz. Mit moralischer Legitimation wollten wir nicht nur die deutsche Einheit gestalten, sondern auch an der europäischen Zukunft mitwirken. Diesem Gestaltungswillen waren natürlich real sehr deutliche Grenzen gesetzt. Ziel der freigewählten Regierung war die Herstellung der deutschen Einheit, und deshalb war unsere Aufgabe die Selbstauflösung dieser Regierung bei rechtllichem Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als vereintem Deutschland. Schon allein das verdeutlicht, unabhängig von dem Unterschied an politischer Erfahrung bei den Akteuren und von den eingespielten Kommunikationen im Westen, die Verteilung der Gewichte zwischen beiden deutschen Staaten in diesem Prozeß. Die Aufnahme in den Kreis der Außenminister war überaus freundlich, trotz mancher gegenteiliger Äußerung. Doch wollte man nicht, daß mit der demokratischen DDR ein zusätzlicher echter Akteur aufs Spielfeld trat. Das wurde schon darin deutlich, daß nach den Festlegungen in Ottawa im Februar 1990 nicht gewartet wurde, bis es durch demokratische Wahlen legitimierte Vertreter der DDR gab. Das erste Beamtenreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, das die Aufgabe hatte, das erste Außenministertreffen vorzubereiten, fand vier Tage vor der Volkskammerwahl in der DDR statt! Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen für eine eigenständige Rolle bei den Verhandlungen entwickelten wir unsere Konzeptionen. Die wichtigsten sind dann schon in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt worden.

Erstens: Wir wollten den Prozeß der deutschen Einheit als Katalysator für die europäische Einigung gestalten. Dies war ebenfalls Ziel der Bundesregierung. Doch hatten die westlichen Staaten einschließlich der Bundesrepublik einen völlig anderen Ansatz als wir. Sie wollten vor allem die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung, zur Ablösung der Rechte der Vier Mächte sowie die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands erreichen. Aber sonst wollten sie möglichst wenig regeln. Für die Zukunft sollten alle Optionen offengehalten werden, denn es war klar, wo künftig in Europa das Machtzentrum liegen würde. Wir dagegen hielten es für wichtig, zentrale Fragen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Einigung und Entwicklung zumindest ansatzweise festzulegen. Daraus folgte, daß wir in verschiedenen Fragen einerseits für Übergangsregelungen plädierten, um so für die Zukunft den Prozeß im Fluß zu halten, andererseits aber wenigstens doch die Richtung vorgegeben sehen wollten. Gerade solche Übergangsregelungen wurden von westlicher Seite aus den oben genannten verständlichen Gründen mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir hofften, daß es nach dem Ende der Konfrontation der beiden Blöcke im Kalten Krieg möglich wäre, diese Blöcke schrittweise zu überwinden, ein Modell, das auch in den 80er Jahren insbesondere von anderen immer wieder angesprochen worden war. Anders wiederum als andere in der DDR waren wir auch strikt gegen jede Art von Neutralität. Daher strebten wir drastische Abrüstungsschritte und Übergangsregelungen bei den gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen an.

Die Stärkung der KSZE hatte für uns eine hohe Priorität. Gemeinsam mit Polen und der Tschechoslowakei entwickelten wir beispielsweise eine Initiative zur Institutionalisierung der KSZE, die sogenannte trilaterale Initiative. Bevor wir für eine Übergangszeit einer abzusehenden NATO-Mitgliedschaft zustimmen würden, wollten wir alles zur Veränderung ihrer Funktionen und Strategien tun. Das Aufgeben der Vorneverteidigung, der Strategie der flexible response, des nuklearen Ersteinsatzes, der Kurzstreckenraketen, all dies war für uns Thema. Für mich persönlich spielte in der Frage der Perspektive der NATO-Mitgliedschaft die Reise Anfang März nach Washington eine wichtige Rolle, ebenso der NATO-Besuch in Brüssel, bei dem ich Herrn Wörner besuchte und auch Herrn Kornblum traf, weil, ich gestehe, mein Bild von der NATO sich damit auch deutlich veränderte. Gleichwohl, die Beschlüsse des NATO-Gipfels vom Juli 1990 reichten mir auch in den strukturellen Fragen der Strategien nicht aus.

Zweitens: Wir fühlten uns unseren östlichen Nachbarn, die mit uns unter der Diktatur gelitten und sich ebenfalls davon befreit hatten, tief verbunden. Das schloß auch die Völker der Sowjetunion mit ein. Wir anerkannten die Verdienste Gorbatschows um die Demokratisierung des Sowjetsystems. Es erschien uns nicht nur aus moralischen, sondern auch aus grundsätzlichen politischen Gründen unerlässlich, mit der Sowjetunion zu einer auch für sie wirklich tragbaren Lösung zu kommen. Eine nur aus augenblicklicher Schwäche abgerungene Zustimmung der Sowjetunion, die dort das Gefühl hinterlassen würde, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch verloren zu haben, würde für das Europa der Zukunft ein bleibender Unsicherheitsfaktor sein. Wir wollten auf jeden Fall ein Versailles für die Sowjetunion vermeiden. Die Berücksichtigung der sowjetischen Interessen lag aus unserer Sicht auch in unserem eigenen Interesse. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Daher war es uns wichtig, daß die Sowjetunion auch nach dem zu vereinbarenden Truppenabzug aus Deutschland fest mit Europa verbunden bleibe, und zwar auf bessere Weise. Ein Problem bei dieser Konzeption war wiederum, daß es für uns immer unmöglicher wurde, wirklich einzuschätzen, was die Position der Sowjetunion selbst war, unter welchen Bedingungen sie zustimmen würde, denn daß wir letztlich ihre Zustimmung brauchten, auch zur NATO-Mitgliedschaft, war uns klar. Die Frage des Preises war aber nicht klar, und hier wären wir wahrscheinlich eher bereit gewesen, weiter zu gehen als die Bundesrepublik beziehungsweise der Westen. Für die Sowjetunion war es unter anderem ein Problem, daß mit der Anerkennung der deutschen Souveränität der vollständige Abzug ihrer Truppen bevorstand, für die westlichen Alliierten sich jedoch nicht viel ändern würde. Schließlich war insbesondere durch die NATO-Mitgliedschaft die Bundesrepublik mit diesen inzwischen auf vielfältige Weise verbunden. Um wenigstens an einer Stelle alle vier Alliierten gleich zu behandeln, was für die Sowjetunion von großer psychologischer Bedeutung war, machte ich beim Zwei-plus-vier-Treffen in Berlin den Vorschlag, daß alle vier Siegermächte möglichst bald Berlin räumen sollten. Das hätte sicherheits-

politisch nichts gekostet, wäre aber für die Sowjetunion ein wichtiges Symbol gewesen.

Drittens: Nach unserem Verständnis sollte die Wiedererlangung der deutschen Souveränität damit einhergehen, daß wir Deutschen uns gerade darin als frei und souverän erweisen, daß wir ohne Zwang und in freier Selbstbestimmung bestimmte Selbstbeschränkungen eingehen, die ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung sein sollten. Dazu gehörte zum Beispiel der Verzicht auf Besitz, Herstellung und Stationierung sowie der Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Am liebsten hätten wir solche Beschränkungen auch im Einigungsvertrag beziehungsweise in der künftigen deutschen Verfassung festgeschrieben. Auch für die konventionelle Abrüstung und die Herabsetzung der Truppenstärken in Europa wollten wir Anstöße geben. Die Truppenstärke des vereinten Deutschlands sollte radikal herabgesetzt werden. Als ich in Berlin im Juni beim Außenministertreffen diesen Vorschlag unterbreitete, wurde er noch als Singularisierung Deutschlands vehement abgelehnt. Wenig später ist er dann jedoch umgesetzt worden. Ende August 1990 erklärten die beiden deutschen Staaten vor der Wiener Abrüstungskonferenz zum KSE-Vertrag, daß das vereinte Deutschland seine Truppen auf 370.000 Mann begrenzen würde. Diese Erklärung wurde dann auch in den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgenommen.

Viertens: Die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße hatte für uns zentrale Priorität. Die Grenze sollte so schnell und so unkompliziert wie möglich völkerrechtlich verbindlich und dauerhaft anerkannt werden. Nur so konnten wir erwarten, so war unsere Meinung, daß unsere Nachbarn die deutsche Vereinigung begrüßen und die mehr oder weniger latenten Befürchtungen in der polnischen Bevölkerung ausgeräumt werden. Diese Anerkennung sollte aus unserer Sicht völlig freiwillig geschehen und ohne jeden Eindruck, daß wir Deutschen dazu gedrängt werden müßten. Einen solchen Eindruck hielten wir für schädlich. Niemand sollte uns sagen müssen, wo Deutschland liegt. Die Reife der Deutschen sollte sich gerade in der freien Anerkennung der territorialen Integrität ihrer Nachbarn erweisen. Auch die später häufig gebrauchte Rede davon, daß die Anerkennung der Grenze beziehungsweise, wie es hieß, die Abtretung der früheren deutschen Ostgebiete der Preis für die Wiedervereinigung gewesen sei, führt in die falsche Richtung. Die Gebiete waren in der Folge des verbrecherischen Krieges durch Nazideutschland längst verloren, und es galt dies endlich wahrzunehmen und dauerhaft anzuerkennen. Damit das in dieser Weise zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen geschehe, maßen wir die den trilateralen Gesprächen großes Gewicht bei, die dann auch in einigen Runden stattgefunden haben, dann aber versandeten. Daher strebten wir dann einen Grenzvertrag an, der völkerrechtlich verbindlich die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigen sollte, und da unser Hauptanliegen war, die Polen zu versichern, haben wir uns dem Vorschlag von Mazowiecki angeschlossen, noch in der Zeit der zwei Staaten den Vertrag auszuhandeln und zu paraphieren und dann nach der Vereinigung Deutschlands zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Helmut Kohls lange Weigerung, die

deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, erweckte nicht nur bei uns Vorbehalte, sondern sorgte auch innerhalb der Bundesregierung für Streit und schuf international Irritationen und Unverständnis. Im Hintergrund stand bei ihm offensichtlich das Kalkül, bestimmte Wählerstimmen nicht verprellen zu wollen. Franzosen wie Amerikaner versuchten, die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zu, in der der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim Außenministertreffen in Paris eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden. Für die Pariser Tagung war wichtig, daß die Trennung vollzogen wurde zwischen dem Grenzvertrag und dem Grundlagenvertrag, wie wir damals den späteren Nachbarschaftsvertrag nannten. Ursprünglich wollten das weder die Polen noch die Bundesrepublik, jeweils aus unterschiedlichen Gründen. Wir hatten diese Trennung vorgeschlagen. Die Polen wollten möglichst auf einmal und ganz schnell alles. Die Bundesrepublik wollte den Grenzvertrag nicht so früh. So ergab sich eine Blockade. Der Durchbruch wurde dann Anfang Juli beziehungsweise in Paris vollzogen. In Paris hieß es dann, daß der Grenzvertrag unmittelbar nach der Vereinigung geschlossen werden solle, weshalb wir wiederum danach forderten, er solle in der ersten Sitzung des Parlamentes nach der Vereinigung ratifiziert werden. Dies war nicht der Fall. Daß nach der Vereinigung Helmut Kohl im Einvernehmen mit Mazowiecki diese Entkoppelung teilweise zurücknahm, indem man beschloss, den Grenzvertrag zwar zu unterschreiben aber erst gemeinsam mit dem Nachbarschaftsvertrag zu ratifizieren, das haben wir damals sehr skeptisch betrachtet. Trotz aller Schwierigkeiten, Verwicklungen, Fragen und auch Verdächtigungen, die es in dieser Frage gegeben hat, haben sich alle diese Sorgen, so muß ich heute klar sagen, in den Jahren darauf nicht bestätigt.

Die Veränderungen der DDR-Positionen, die es dann im Laufe der Zeit natürlich gegeben hat, denn in so schnell sich wandelnder Zeit waren Positionen nicht von Anfang bis zum Ende durchzuhalten, die kann ich hier im einzelnen nicht beschreiben. Ich wollte aber die Grundlinien beschreiben. Der unmittelbare Einfluß der DDR auf die Ergebnisse war naturgemäß gering. Nicht nur wegen mancher Fehler und Unerfahrenheit, sondern insbesondere durch die oben angesprochenen Rahmenbedingungen. Zu den Fehlern zähle ich das, was dann unter dem Stichwort Sicherheitszone kursierte. Es war ein Fehler sowohl in der Art, das Konzept nach außen zu geben, ohne vorher Absprachen getroffen zu haben, als auch in der Form.

Das schmale und auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages öffnete das Tor zur deutschen Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn. Und die erfolgreiche Dimension des Vereinigungsprozesses, der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, machte nicht nur für die deutsche Ein-

heit den Weg frei, sondern mündete auch in die Charta von Paris für ein neues Europa vom November 1990. Wer diese Texte heute nachliest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in Europa damals erfüllte. Heute haben wir nicht nur in Bosnien schlimme Erfahrungen gemacht. Der Optimismus ist gewichen, die Aufgaben, auch manche von denen, die wir damals in den Verhandlungen ansprachen, sind geblieben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern werden wir heute dazu beitragen, den heutigen Herausforderungen bei der Gestaltung Europas gerecht zu werden. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, Sie werden bemerkt haben, daß der Zeitrahmen bei beiden Vorträgen überschritten wurde. Allerdings standen die beiden Referenten vor dem Problem, die innere Entwicklung, die äußere Entwicklung und den Vereinigungsprozess selbst darzustellen. Das Themenfeld war sicherlich sehr breit, und dementsprechend ist es wohl verständlich, daß der Zeitrahmen etwas überschritten wurde. Vieles war in den Einzelheiten der Einschätzung doch auch interessant, da die Akteure, die damals eine Rolle gespielt haben, heute ihr damaliges Tun zum Teil kritisch oder doch ansatzweise kritisch reflektieren. Angesichts der Zeitprobleme können wir keine Podiumsdiskussionen mehr durchführen, was wir eigentlich wollten, doch sollten wir uns die Zeit nehmen, noch zwei Statements dazu zu hören, und zwar von Herrn Poppe und von Herrn Irmer, die damit gleichsam die Diskussion der Enquete-Kommission eröffnen. Zunächst Herr Poppe bitte. Ich weiß natürlich, daß auch Herr Poppe sehr viel aus eigener Erinnerung darstellen kann. Aber vielleicht versucht er, sich auf einige Punkte zu konzentrieren.

Gerd Poppe, MdB: Ich werde mir Mühe geben, Herr Faulenbach. Allerdings möchte ich noch eine weitere Sicht hier einbringen, sozusagen den Kreis der Akteure erweitern. Das hat sich ja heute schon einmal angedeutet mit dem, was Janusz Reiter gesagt hat zur polnischen Solidarność und dem, was wir dazu diskutiert haben. Es ist auch bei Markus Meckel einiges angeklungen. Ich will also hier noch einiges sagen zur Sicht der DDR-Opposition und -Bürgerrechtsbewegung. Wie hat sie die Rahmenbedingungen gesehen, welche Optionen, welche Handlungsspielräume hatte sie, und wie hat sie möglicherweise ihrerseits die Rahmenbedingungen mit verändert? Nun mache ich da einen Unterschied zwischen zwei sich deutlich voneinander unterscheidenden Zeiten. Das Unterscheidungsmerkmal ist ganz einfach, das ist der Fall der Mauer. Es geht einmal um die Zeit vor dem Fall der Mauer, und dann geht es um den 9. November 1989 und die Zeit danach bis zur deutschen Einheit. Bei der Fragestellung, die uns immer wieder offeriert wird, geht es immer um bestimmte Politiker, möglichst alle die bekannten Namen, die ihre Memoiren schreiben, die immer die deutsche Einheit und nie etwas anderes wollten. Die stand im Vordergrund all ihrer politischen Überlegungen, während die Oppositionsbewegung in der DDR angeblich immer nur die verbesserte DDR, den